

**Ringvorlesung**  
**Aktuelles aus Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung**  
**WS 2008/2009**

in Kooperation mit dem Steuerinstitut Nürnberg

6. November 2008

**Eckehard Schmidt, München**

**Die Erbschaftsteuerreform  
zwischen  
Verfassungsgericht und  
politischer Realität**

Eckehard Schmidt, München

# „Erbchaftsteuermonat“ November

- 11.11.2005 : Koalitionsvertrag – Entlastung  
Unternehmensübergang
- 07.11.2006 : Beschluss Bundesverfassungsgericht
- 05.11.2007 : „Eckpunkte“ von Koch-Steinbrück
- 06.11.2008 : Seminar Prof. Scheffler!  
Einigung der Koalitionsparteien??

# Vorgeschichte und Anlass

## „Wurzeln“ der Reform – Politik und Rechtsprechung

- Jobgipfel und Koalitionsvertrag vom 11.11.2005:
  - Ziel: Erleichterung der Unternehmensnachfolge
  - Abschmelzung der Steuerschuld bei Fortführung – „Nach 10 Jahren steuerfrei“
- Bundesverfassungsgericht vom 7. November 2006:
  - Bewertungsvorschriften für Zwecke der Erbschaftsteuer verfassungswidrig
  - Auftrag zur Neuregelung bis spätestens 01.01.2009

# Rückblende I: Bundesfinanzhof

## Vorlagebeschluss vom 22.05.2002:

Tarif (§ 19 Abs. 1 ErbStG) verfassungswidrig, weil

- Wertermittlung für Betriebsvermögen, Anteile, Grundbesitz (einschließlich LuF)  
nicht gleichheitsgerecht!
- Begünstigung des Betriebsvermögens (§§ 13a, 19a ErbStG)  
nicht zielgenau und zusammen mit Ansatz der Steuerbilanzwerte überzogen!

# Rückblende II: Bundesverfassungsgericht

## Beschluss vom 7. November 2006 - Grundprinzipien:

- Ausrichtung an Leistungsfähigkeit und Folgerichtigkeit;
- Erbanfallsteuer erfasst beim jeweiligen Empfänger eintretende Bereicherung = Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit;
- Typisierung möglich, muss aber „realitätsgerecht“ sein;
- Förderung und Lenkung: Zweck „offen legen“ und Begünstigte „sachgerecht abgrenzen“.

# Dilemma I

## BVerfG: Verkehrswert über alles...

- Alles, was nicht Geld ist, muss in Geldeswert ausgedrückt werden.
- Der Wert ergibt sich grundsätzlich aus dem erzielbaren Veräußerungspreis.
- „Verkehrswert“ ist Richtschnur auch für die Bewertung von Gegenständen, die nicht auf Veräußerung angelegt sind.

# Rückblende III: BT - EntschlieÙung vom 23. Mai 2007

- Festhalten an Erbschaftsteuer „als Ergänzung zur Einkommensteuer“.
- Reduzierung der Erbschaftsteuerschuld für übertragene Unternehmen und Wegfall nach 10 Jahren.
- Vermögensübertragungen auf Ehegatten und Kinder (z.B. privat genutztes Wohneigentum) sollen weitgehend steuerfrei bleiben.
- Hohe Vermögensübertragungen müssen entsprechend Leistungsfähigkeit zum Aufkommen beitragen.
- Mindestens das gegenwärtige Steueraufkommen der Länder ist zu sichern!



# Dilemma II

## Viele Köche ...

- ... lesen aus dem Urteil, was ihnen am wichtigsten ist,
- ... versuchen, unter dem Verweis auf das BVerfG ihre Interessen durchzusetzen,
- ... wollen das Verfassungsgerichtsurteil umsetzen, ohne dass sich im Einzelfall etwas ändert,
- ... wollen ein einfaches Erbschaftsteuerrecht, das aber jedem Einzelfall gerecht wird!

# Koch-Steinbrück-Konzept

## Eckpunkte vom 5. November 2007

- **Bewertung:** Verkehrswertermittlung in Anlehnung an die Vorschläge der FMK vom 21.06.2007
- **Verschonung:**
  - Grundvermögen: Abschlag (nur) bei Vermietung
  - Unternehmensvermögen / Land- und Forstwirtschaft: „Modifiziertes Abschmelzmodell“
- Persönliche **Freibeträge:** Deutliche Erhöhung für nahe Angehörige
- **Tarif:** Steuerklasse I unverändert, Steuerklassen II und III z.T. erheblich verschlechtert

# Alternativen?

- Abschaffung oder „Auslaufenlassen“ der Erbschaftsteuer: (Gesellschafts-)politisch und finanziell (BY: rd. 600 Mio.€ netto!) problematisch.
- Ersatz durch Reichensteuer / Grunderwerbsteuer?
- Niedrigsteuermodell: Keine spezifische Verschonung, geringe persönliche FB, niedriger Tarif (*Viskopf*): Viele Fälle mit geringem Aufkommen, Reiche werden tendenziell entlastet.

# Aktueller Beratungsstand

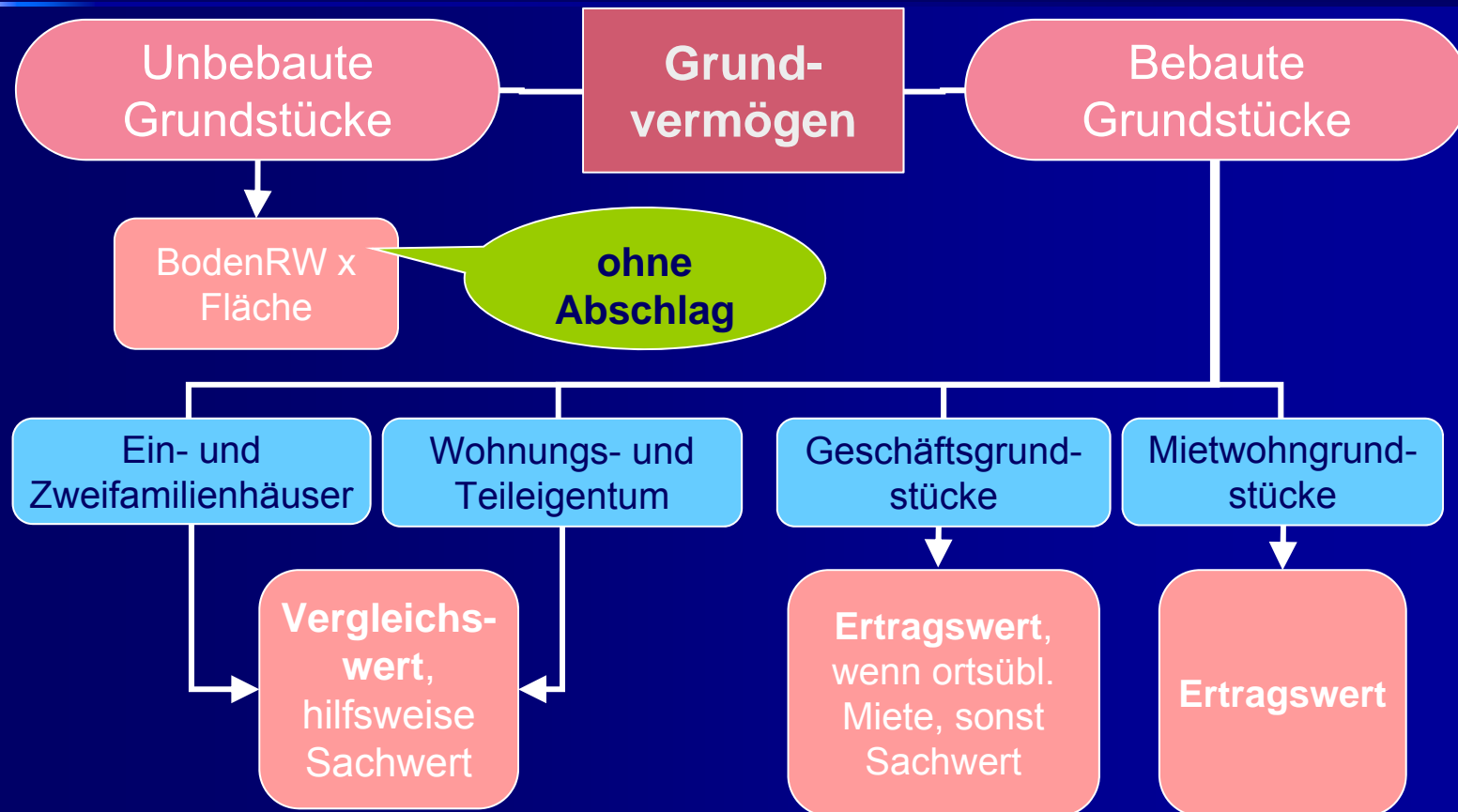
- Regierungsentwurf vom 15.12.2007
- Bundesrat:
  - Finanzausschuss: Erster Durchgang am 31.01.2008
  - Plenum: Erster Durchgang am 15.02.2008
- Bundestag:
  - Plenum: 1. Lesung am 15.02.2008
  - Finanzausschuss seit Februar 2008
  - Finanzausschuss: Öffentliche Anhörung am 15.03.2008
  - Berichterstatter-Gespräche April – Juli 2008
- Koalition:
  - „Technische Arbeitsgruppe“ BW, BY, HE, BE, RP, BMF, Koal.fraktionen
  - 6 + 6 – Runden, zuletzt am 09.10.2008
  - „Unionsgipfel“ am 30.10.2008, Koalitionsausschuss am 03./06.11.2008

# Grundvermögen Bewertung - Überblick

Abkehr vom einheitlichen „Bedarfswert“:

- Typisierende Bewertung in Anlehnung an die Wertermittlungsverordnung,
- Vergleichswert, Ertragswert oder Sachwert abhängig von Art des Grundstücks (§ 182 Abs. 1 - 4 BewG-E)
- Typisierungen / Bewertungserleichterungen durch Rechtsverordnung (§ 182 Abs. 5 BewG-E)
- Vermeidung von Überbewertungen durch Öffnungsklausel (§ 187 BewG-E)

# Grundvermögen Bewertung - Schema



# Grundvermögen

## Bewertung – Offene Fragen

- **Bodenwert: Abschlag zur Vermeidung von Überbewertungen**
  - bei unbebauten Grundstücken
  - beim Sachwert- und Ertragswertverfahren
- **Vergleichswertverfahren: Zeitnaher Kauf / Verkauf**
  - des nämlichen Objekts vor / nach dem Stichtag
  - eines Vergleichsobjekts.
- **Alternative: „Sicherheitsabschlag“ auf Grundstückswert**

# Grundvermögen

## Verschonung (§ 13c ErbStG-E)

- **10 % Abschlag** für bebaute Grundstücke oder Grundstücksteile, die
  - zu Wohnzwecken vermietet werden,
  - im Inland oder einem Mitgliedstaat der EU und des EWR belegen sind,
  - nicht zu einem begünstigten Betriebsvermögen oder land- und forstwirtschaftlichen Vermögen gehören.
- **Rechtfertigung** (laut Gesetzesbegründung):
  - Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am Produktionskapital
  - Sicherung der Wohnraumversorgung zu angemessenen Preisen
  - Verhinderung einer Übermacht institutioneller Anbieter



# Grundvermögen

## Familienheim-Ergänzungsfreibetrag I

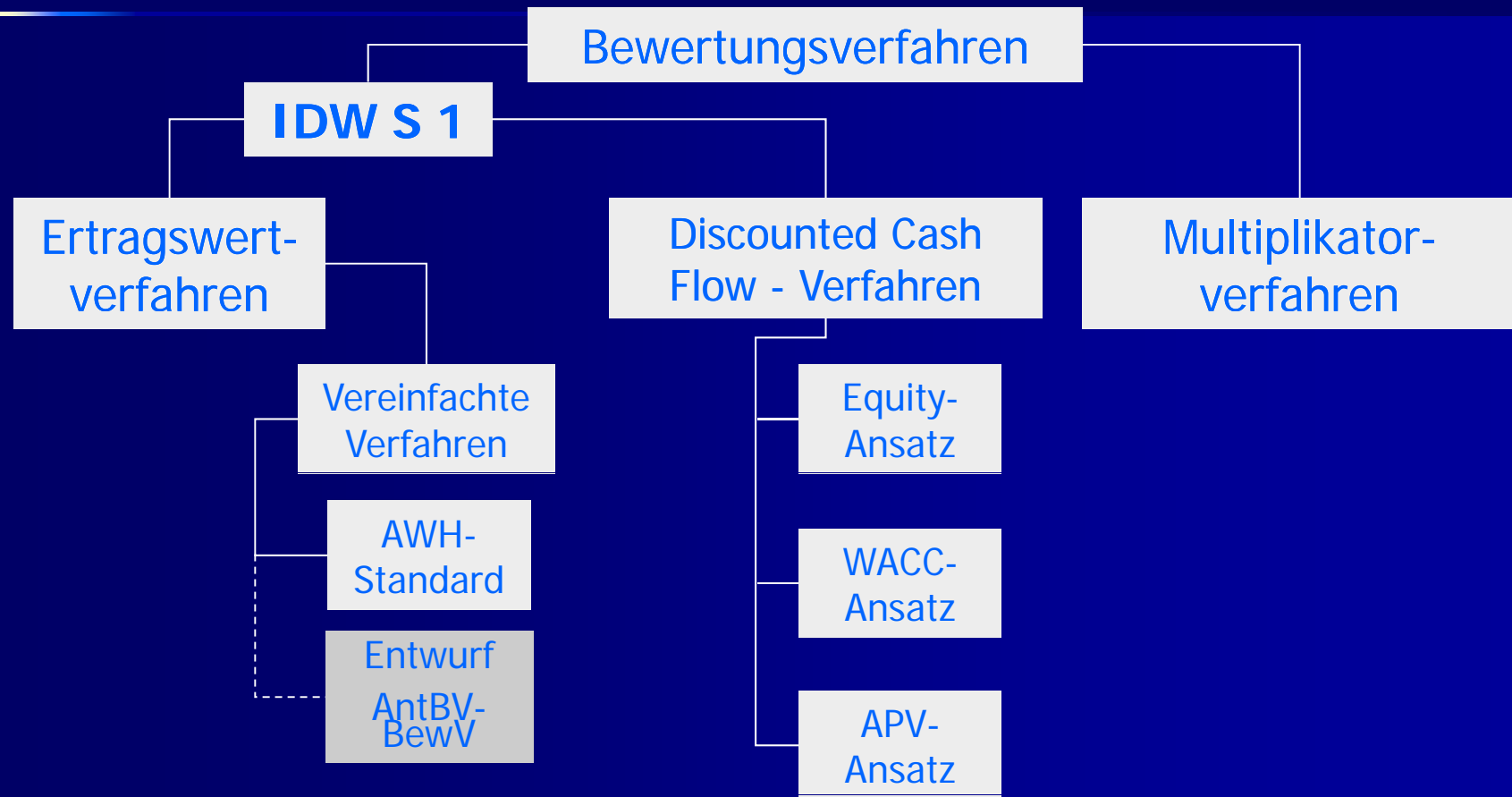
- Problem: In Hochpreisgebieten reichen persönliche Freibeträge nicht aus, um selbstgenutztes Wohnhaus („Familienheim“) freizustellen.
- Lösungsansätze:
  - Regionalisierung von Freibeträgen (und/oder Tarif)
  - Objektfreistellung
  - Zusätzlicher Freibetrag für vom Erblasser und Erwerber selbstgenutztes WE mit Deckelung (*1 – 1,5 Mio. €*) und Nachversteuerung bei Vermietung oder Veräußerung (*binnen 10 Jahren*)

# Grundvermögen

## Familienheim-Ergänzungsfreibetrag II

- Begünstigt wird Differenz zwischen persönlichem FB und Wert der Immobilie, max. bis zum Höchstbetrag (z.B. 1 Mio. €)
- Beispiel: Sohn erbt Haus (600.000) und Barvermögen (450.000):
  - Grundstückswert übersteigt pers.FB um 200.000
  - Familienheim-ErgänzungsfB 200.000
  - Nachlass 1.050.000
  - Pers.FB + FamilienheimErgFB ./ 600.000
  - Steuerpflichtiger Erwerb 450.000
  - Ersparnis (ohne 115.000 / mit 67.500) 47.500

# Unternehmensvermögen: Bewertung - Schema



# Unternehmensvermögen Bewertung – „Offenes Verfahren“

§§ 11 Abs. 2, 109 BewG-E:

Wenn nicht Börsenwert oder aus zeitnahen Verkäufen ableitbar, ist gemeiner Wert zu ermitteln

- „unter Berücksichtigung der Ertragsaussichten“ oder
- „einer anderen anerkannten, auch im gewöhnlichen Geschäftsverkehr ... üblichen Methode“.

– **Aber:** Mindestwert:

„Substanzwert“ (§ 11 Abs. 2 Satz 3 BewG-E)

=  $\Sigma$  WG des BV (gemeine Werte) + sonst. Aktiva

./.  $\Sigma$  Schulden des BV + sonstige Abzüge

- ~~**Aber:** Für ertragswertorientierte Verfahren fester Kapitalisierungszins vorgegeben (§ 11 Abs. 2 Satz 4 BewG-E)!~~

# Unternehmensvermögen Bewertung – Vereinf. Ertragswertverf.

Regelung in Anteils- und Betriebsvermögens-  
bewertungsverordnung (AntBVBewV)

- ~~– Anwendungsbereich: nicht Großbetriebe  
(Umsatz > 32 Mio €)~~
- Basis: Betriebsergebnisse der letzten 3 Jahre
- Eigenständige Wertermittlung für
  - nicht betriebsnotwendiges Vermögen (§ 2 Abs. 2)
  - Beteiligungen (§ 2 Abs. 3) und innerhalb von 2 Jahren vor dem Stichtag eingelegte WG (§ 2 Abs. 4)
- Korrekturen (z.B. Unternehmerlohn, Ertragsteuern, § 4)
- Fester Kapitalisierungsfaktor (§ 5 mit § 11 Abs. 2 BewG)

# Unternehmensvermögen

## Bewertung - Offene Fragen

- Berücksichtigung besonderer Verhältnisse (§ 9 Abs. 2 und 3 BewG): Konsequenter Verkehrswertansatz erfordert Berücksichtigung von wertmindernden Faktoren:
  - Faktischer Veräußerungszwang (Freiberufler!) 😞
  - Thesaurierungszwang 😞
  - Abfindungsklauseln bei Familienunternehmen 😊
- „Offenes“ Verfahren: Wer muss was nachweisen?
  - Allgemeine Mitwirkungspflicht nach § 90 AO wohl nicht ausreichend.
  - Vorlage von Wertgutachten – Anforderung an Qualifikation?

# Unternehmensvermögen Verschonung - Überblick

## „Modifiziertes Abschmelzmodell“ nach Regierungsentwurf

- Verschonungsabschlag (§ 13a Abs. 1 ErbStG-E):  
Nach § 13b begünstigtes Vermögen „bleibt insgesamt außer Ansatz“ –  
wegen § 13b Abs. 4 de facto aber nur Freistellung zu 85 %.
- Abzugsbetrag (§ 13a Abs. 2 ErbStG-E):  
Nicht unter § 13b Abs. 4 fallender Teil des Vermögens  
(= restliche 15 %) bis zu 150.000 € voll freigestellt,  
bei höherem Wert (bis 450.000 €) teilweise.
- Tarifbegrenzung für Erwerber der Stkl. II und III  
bleibt erhalten (§ 19a ErbStG-E).

# Unternehmensvermögen Verschonung - Beispiel

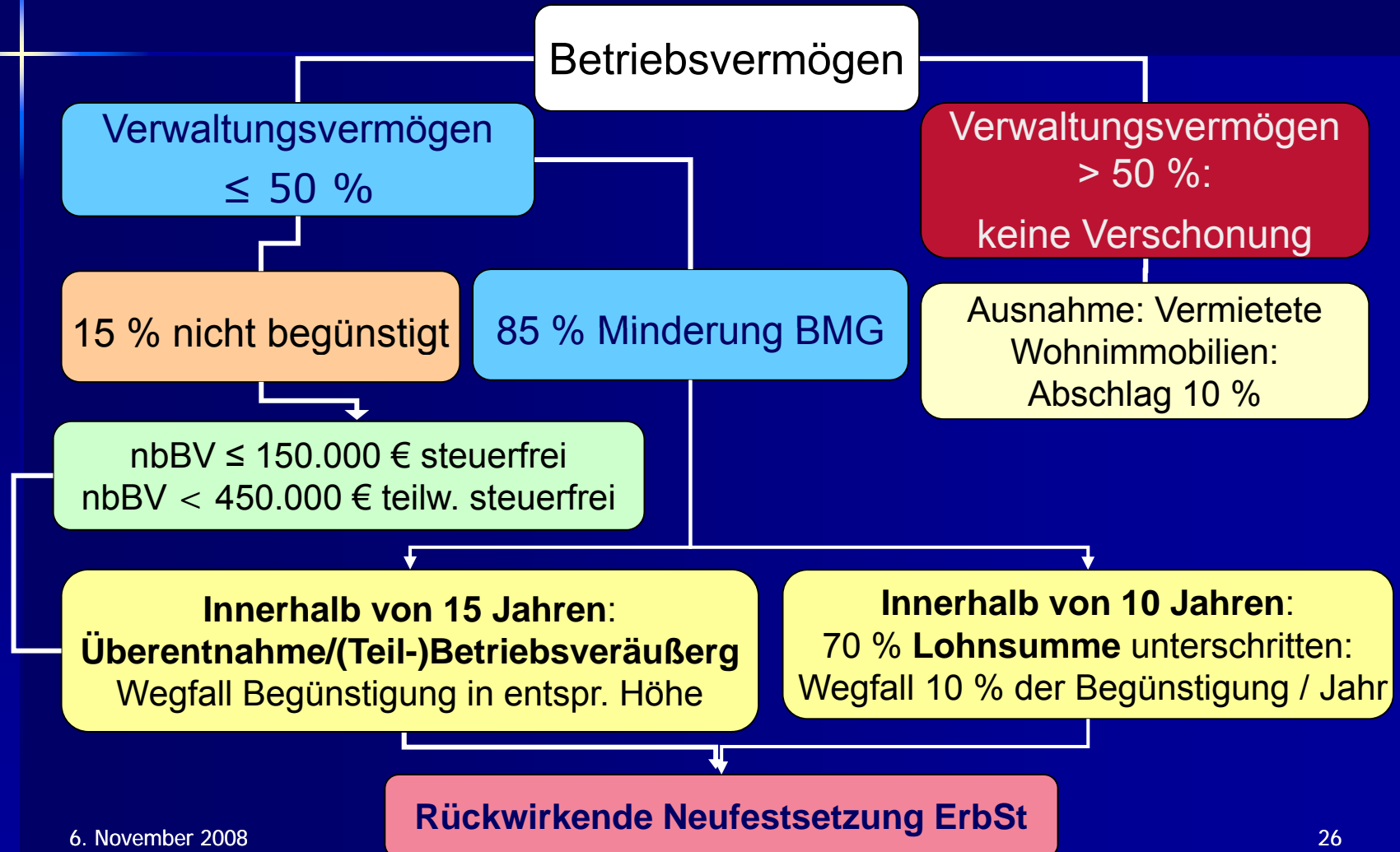
|   |   |             |
|---|---|-------------|
|   | Unternehmenswert  | 1.100.000 € |
| — | Verschonungsabschlag (85 %)   | 935.000 €   |
| = | Nicht begünstigtes Betriebsvermögen   | 165.000 €   |
| — | Abzugsbetrag  | 142.500 €   |
|   | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <i>max. 150.000 € des nicht begünstigten Vermögens</i></li> <li>▪ <i>Verringert sich, wenn nicht begünstigtes Vermögen &gt; 150.000 € um 50 % des die Wertgrenze von 150.000 € übersteigenden Betrags</i></li> </ul> |             |
|   | Abschmelzung Abzugsbetrag   |             |
|   | ➔ 165.000 € — 150.000 €   | 15.000 €    |
|   | Davon 50 %  | 7.500 €     |
|   | Verbleibender Abzugsbetrag  |             |
|   | ➔ 150.000 € — 7.500 €   | 142.500 €   |
| = | Zu versteuernder Wert des Betriebsvermögens   | 22.500 €    |



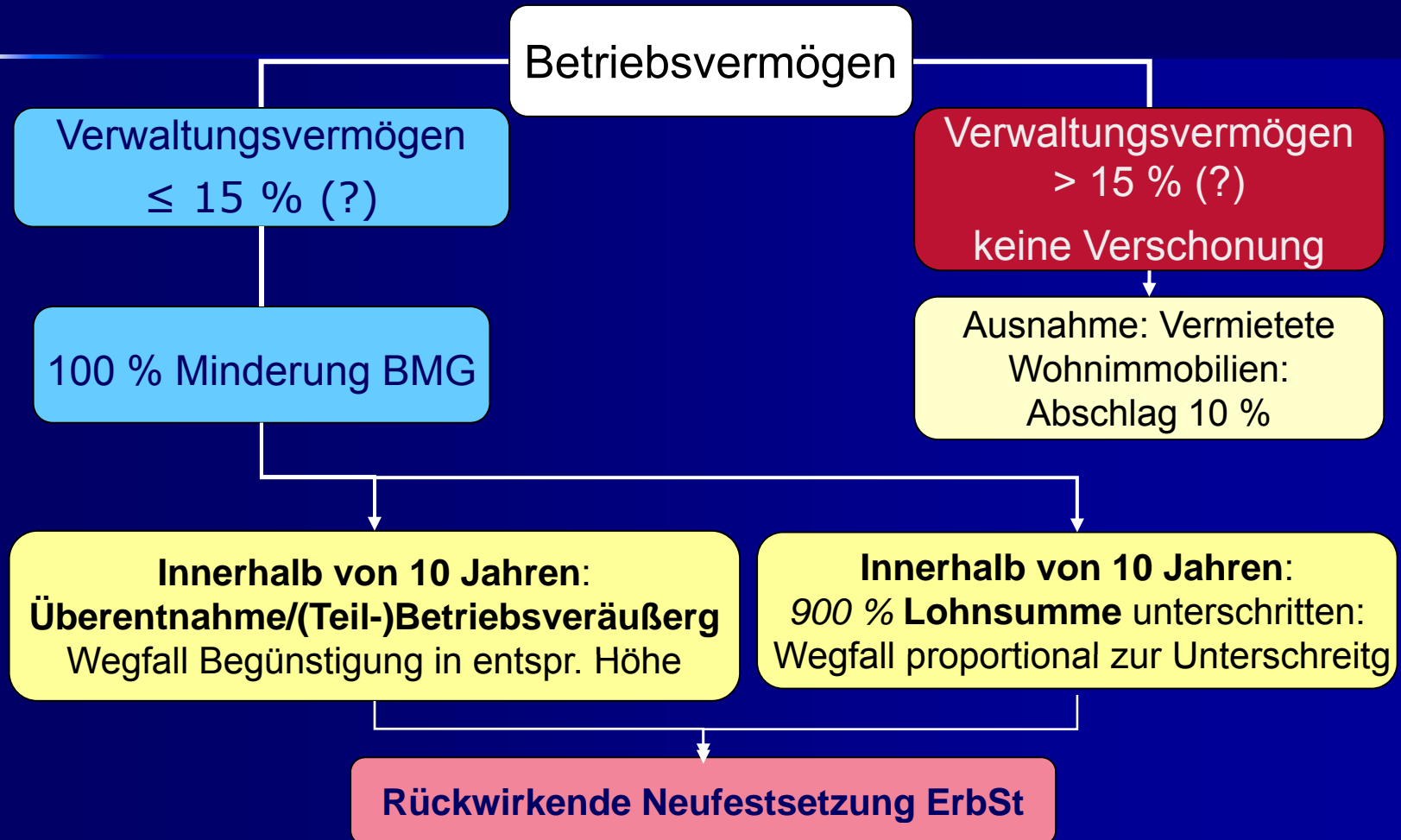
# Unternehmensvermögen Verschonung – Sicherungen (RegE)

- Fortführung über 10 Jahre (Lohnsummenkriterium)
- Ausschluss der Vermögensverwaltung:  
50 % - Grenze für sog. Verwaltungsvermögen
- Behaltefrist: 15 Jahre, d.h. in dieser Zeit
  - Entnahmebeschränkung (150.000 €)
  - Keine Veräußerung / Aufgabe von Betrieb, Teilbetrieb, MU-Anteil
  - Keine Veräußerung wesentlicher Betriebsgrundlagen
  - aber Reinvestitionsklausel! *Wird weit gefasst* 😊

# Unternehmensvermögen Verschonung – Schema RegierungE



# Unternehmensvermögen Verschonung – Schema Option 100 %



# Unternehmensvermögen Verschonung – Offene Fragen I

- **Grundfrage:** Missbrauchsvermeidung oder „Overkill“?
- **Fortführung** (Lohnsummenklausel, § 13 a Abs. 1 Satz 2 und Abs. 4 ErbStG-E):
  - Verfassungsrechtliche Notwendigkeit unbestritten
  - Besser als „Arbeitsplatzzählung“
  - Problematisch: Dynamisierung nach Tariflohnindex  
*Alternative: Verzicht auf Dynamisierung, aber höherer Satz (z.B. 80 – 90 % der Ausgangslohnsumme)*
  - Rechtsfolge: Zeitanteiliger Wegfall der Begünstigung (1/10 pro Jahr der Unterschreitung)  
*Alternative: Wegfall nur proportional zur Unterschreitung, berechnet über die gesamte Haltedauer*

# Unternehmensvermögen

## Verschonung – Offene Fragen II

### Verwaltungsvermögen:

- Betriebsaufspaltung und Nutzungsüberlassung im Konzern *werden explizit ausgenommen.*
- Verpachtungsfälle (Handwerk) müssen begünstigt sein!  
*Nur für bestimmte Fälle (minderjähriger Erbe, Berufsqualifikation fehlt noch) durchsetzbar.*
- Wohnungsunternehmen: *Anlehnung an § 14 AO – kaufmänn. Geschäftsbetrieb muss zur Verwaltung erforderlich sein (keine starre Grenze).*

# Unternehmensvermögen Verschonung – Offene Fragen III

## ■ **Behaltefrist:**

- Missbrauchsgefahr contra Planungssicherheit:  
15 Jahre zu lang!
- Fallbeileffekt: „Alles oder nichts“ unangemessen!

### *Alternativen*

- *7 Jahre und zeitanteiliger Wegfall von 85 %*
- *10 Jahre und Wegfall von 100 %, aber strengere Konditionen beim Verwaltungsvermögen (max. 15 % ?), 5 Jahre Fallbeil, 5 Jahre „Abschmelzen“ mit je 20 % (?)*

## ■ **Bagatellregelung:**

Gleitender Abzugsbetrag entlastet Verwaltung und Kleinunternehmen nicht ausreichend!

*Ergänzung: „Echte“ Freistellung bei BV bis 150.000 € - soll de facto durch Vollzugsregelung erreicht werden.*

# Land- und forstwirtschaftliches Vermögen

- **Bewertung Wirtschaftsteil:**
  - Ausgangspunkt Fortführungs-, nicht Zerschlagungswert.
  - Faltlhauser-Deubel-Papier vom 15.10.2007:
    - Typisiertes **Ertragswertverfahren** (§ 163 BewG-E)
    - **Mindestwert:** § 164 BewG-E, kapitalisierter Pachtpreis + Zuschlag für Besatzkapital.
    - **Nachbesteuerungsvorbehalt:** Bei Veräußerung innerhalb von 20 Jahren rückwirkend Liquidationswert anzusetzen.
- **Bewertung Wohnteil:** Wie Grundvermögen (§ 143 BewG)
- **Verschonung:** Grundsätzlich wie BV, aber  
Sonderproblem Verpachtung: *Weitestgehende Begünstigung!* 😊

# Freibeträge

## Übersicht

### Persönliche Freibeträge

#### ■ Nahe Verwandte (Steuerklasse I)

|  |         |             |
|--|---------|-------------|
| – Ehegatte: Keine Freistellg., aber FB | 500.000 | (307.000) € |
| – Kinder:                              | 400.000 | (205.000) € |
| – Enkel:                               | 200.000 | (51.200) €  |
| – Sonstige in Steuerklasse I:          | 100.000 | (51.200) €  |

#### ■ Entfernter Verwandte (Steuerkl. II)

20.000 (10.300) €

#### ■ Familienfremde (Steuerklasse III)

20.000 (5.200) €

#### ■ Pflegefreibetrag (§ 13 Abs. 1 Nr. 9)

20.000 (5.200) €

### Sachliche Freibeträge

#### ■ Steuerklasse I:

|  |          |
|--|----------|
| – Hausrat                              | 41.000 € |
| – andere bewegl. körperl. Gegenstände: | 12.000 € |

#### ■ Steuerklasse II und III:

12.000 €



# Freibeträge Eingetragene Lebenspartner

Keine vollständige Gleichstellung, aber

- persönlicher Freibetrag 500.000 €  
(§ 16 Abs. 1 Nr. 6 ErbStG-E)
- Versorgungsfreibetrag 256.000 €  
(§ 17 Abs. 1 ErbStG-E)
- sachliche Freibeträge für Hausrat und andere bewegliche körperliche Gegenstände  
(§ 13 Abs. 1 Satz 2 ErbStG-E)

wie bei Ehegatten.

# Tarif - Regierungsentwurf

| Steuerpfl. Erwerb bis ... € |              | Steuerklasse |    |            |     |            |  |  |
|-----------------------------|--------------|--------------|----|------------|-----|------------|--|--|
| <i>alt</i>                  | neu          | I            | II |            | III |            |  |  |
| 52.000                      | 75.000       | 7            | 30 | 12 (+150)  | 30  | 17 (+76,5) |  |  |
| 256.000                     | 300.000      | 11           | 30 | 17 (+76,5) | 30  | 23 (+30,4) |  |  |
| 512.000                     | 600.000      | 15           | 30 | 22 (+36,3) | 30  | 29 (+3,5)  |  |  |
| 5.113.000                   | 6.000.000    | 19           | 30 | 27 (+11,1) | 30  | 35 (-14,3) |  |  |
| 12.783.000                  | 13.000.000   | 23           | 50 | 32 (+56,3) | 50  | 41 (+22)   |  |  |
| 25.565.000                  | 26.000.000   | 27           | 50 | 37 (+35,1) | 50  | 47 (+6,4)  |  |  |
| >25.565.000                 | > 26.000.000 | 30           | 50 | 40 (+25)   | 50  | 50 (0)     |  |  |

# Tarif - Variante

| Steuerpfl. Erwerb bis ... € |              | Steuerklasse |    |    |         |     |    |         |
|-----------------------------|--------------|--------------|----|----|---------|-----|----|---------|
| <i>alt</i>                  | neu          | I            | II |    |         | III |    |         |
| 52.000                      | 75.000       | 7            | 20 | 12 | (+66,6) | 25  | 17 | (+47,1) |
| 256.000                     | 300.000      | 11           | 25 | 17 | (+47)   | 30  | 23 | (+30,4) |
| 512.000                     | 600.000      | 15           | 30 | 22 | (+36,3) | 35  | 29 | (+20,7) |
| 5.113.000                   | 6.000.000    | 19           | 30 | 27 | (+11,1) | 45  | 35 | (+28,6) |
| 12.783.000                  | 13.000.000   | 23           | 45 | 32 | (+40)   | 50  | 41 | (+22)   |
| 25.565.000                  | 26.000.000   | 27           | 45 | 37 | (+25)   | 50  | 47 | (+6,4)  |
| >25.565.000                 | > 26.000.000 | 30           | 45 | 40 | (+12,5) | 50  | 50 | (0)     |

# Doppelbelastung mit Erbschaft- und Ertragsteuer

- Durch Verkehrswertansatz gewinnt Doppelbelastung erhebliche Bedeutung
- Lösung bei der Erbschaftsteuer (BMF):  
Abzug als Nachlassverbindlichkeit
  - bei tatsächlicher Ertragsteuerbelastung innerhalb von drei Jahren nach dem Stichtag
  - maximal in Höhe des auf das doppelt belastete Vermögen entfallenden Teilbetrags der ErbSt.
- Lösung bei der Einkommensteuer
  - Verkehrswertansatz („step up“) oder nachträgl. AK?
  - *„Wiederbelebung“ § 35 EStG a.F. mit Einbeziehung der auf aufgedeckte stille Reserven entfallenden Steuer.*

# Anwendungsregelungen

## ■ Grundsatz

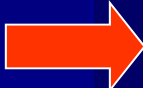
- ErbschaftsteuerG: Auf alle Erwerbe ab Inkrafttreten der Neuregelung
- BewertungsG: Für alle Bewertungsstichtage ab Inkrafttreten der Neuregelung

## ■ Rückwirkende Anwendung (Art. 3 ErbStRG)

- Für Erwerbe nach dem 31.12.2006 und vor Inkrafttreten der gesamten Neuregelung
- Nur im Erbfall!
- Nur auf Antrag, aber auch für bereits festgesetzte Erbschaftsteuer (Art. 3 Abs. 2 ErbStRG).
- Keine Anwendung der neuen Freibeträge (§ 16 ErbStG-E)!

# Gesetzgebungsverfahren

## Zeitplan

|   |                            |
|---|----------------------------|
| Bundesrat – Finanzausschuss   | 31.01.2008                 |
| Bundesrat – Plenum (1. Durchgang)   | 15.02.2008                 |
| Bundestag 1. Lesung   | 15.02.2008                 |
| Bundestag – Finanzausschuss   | 19.02. – <i>12.03.2008</i> |
| Bundestag – Anhörung  | 15.03.2008                 |
|  Bundestag 2. / 3. Lesung | <i>14.03.2008 / ?</i>      |
| Bundesrat – Finanzausschuss (2. Durchgang)  | <i>spät. 04.12.2008</i>    |
| Bundesrat – Plenum (2. Durchgang)   | <i>spät. 19.12.2008</i>    |

Danke für Ihre  
Aufmerksamkeit!